

**Klimagerechtigkeit
für den Pazifik**

**Emissionen
runter,
Klimafinanzierung
rauf!**

**CLIMATE
JUSTICE!**



Von der Bundesregierung fordern wir
gemeinsam mit unseren pazifischen
Partnern:

**Die Erhöhung der öffentlichen
Klimafinanzierung auf 8 Milliarden Euro
jährlich!**

**Die direkte Unterstützung der Pazifischen
Inselstaaten mit 100 Millionen Euro
jährlich!**

**Den konsequenten Einsatz für die
Errichtung eines „Loss and Damage Funds“
auf internationaler Ebene!**

**CLIMATE
JUSTICE!**



Die Pazifischen Inselstaaten sind zusammengekommen für nicht einmal 0,1 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gleichzeitig ist kaum eine Region unserer Welt von den Folgen der Klimakrise stärker betroffen als der Pazifik. Steigende Meeresspiegel zwingen die Menschen, ihre Dörfer zu verlassen und sich anderswo eine Heimat zu suchen. Immer heftiger werdende tropische Wirbelstürme zerstören Jahr für Jahr Häuser wie Felder. Für besonders niedrig gelegene Inselgruppen wie Tuvalu und Kiribati ist die Klimakrise eine Frage der nackten Existenz.

Zu den Verursachern dieser Krise zählt auch Deutschland. Die Bundesrepublik gehört seit Beginn der Industrialisierung bis heute zu den größten CO₂-Emittentinnen der Welt. Im Pariser Klimaschutzabkommen wurde die Verantwortung der Industriestaaten unlängst rechtlich festgeschrieben: 100 Milliarden Euro müssen sie jedes Jahr an die Länder des Globalen Südens überweisen, um sie dort im Kampf gegen die Klimakrise zu unterstützen. **Deutschland hat zwar erst kürzlich angekündigt, seinen Beitrag von 4 auf 6 Milliarden Euro jährlich zu erhöhen – doch das ist nicht genug. Mindestens 8 Milliarden Euro jährlich wären nötig, um angesichts der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und historischen Verantwortung der Bundesrepublik einen fairen Beitrag zu leisten.** Und mindestens die Hälfte dieses Geldes müsste endlich – wie in Paris versprochen – in Klimaanpassung gesteckt werden. Nur so können sich die Betroffenen ausreichend vor den Schäden der Klimakrise schützen.

Gerade der Pazifik wurde in der Vergangenheit von der deutschen Klimafinanzierung allerdings sträflich vernachlässigt. Nicht einmal 10 Millionen Euro wurden 2020 an die Pazifischen Inselstaaten überwiesen. Das geht angesichts der Betroffenheit der Region weit am eigentlichen Bedarf vorbei. **Deswegen sollten künftig jährlich mindestens 100 Millionen Euro der deutschen Klimafinanzierung den ozeanischen Inselstaaten zugutekommen.**

Und schließlich, aus pazifischer Sicht besonders wichtig: Klimafinanzierung darf sich nicht länger nur auf Emissionsminderung und Klimaanpassung beschränken. Die Klimakrise ist für die Pazifischen Inselstaaten keine Bedrohung der fernen Zukunft, sondern ganz aktuell, und verursacht schon heute zahlreiche Schäden und Verluste. **Zusätzlich zum 100 Milliarden Versprechen und damit unabhängig von der derzeitigen Klimafinanzierungsinfrastruktur muss auf internationaler Ebene deswegen unverzüglich ein „Loss and Damage Fund“ eingerichtet werden, der für die bereits angerichteten Schäden aufkommt.**





Pacific Climate Warriors – starke Stimmen für Klimagerechtigkeit. Foto: Pacific Climate Warriors, 350.org

Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise!

“ We are not drowning – we are fighting!
Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut! ”

Überall auf der Welt kämpfen Menschen gegen die Klimakrise an. In Deutschland gehen seit 2019 Tausende junge Menschen auf die Straße, um von der Bundesregierung eine ambitioniertere Klimaschutzpolitik einzufordern. Auch in den Pazifischen Inselstaaten wehren sich die Menschen gegen den Untergang ihres Zuhauses und ihrer Kultur. Sie alle machen auf einen wichtigen Aspekt der Klimakrise aufmerksam: Die einen löffeln die Suppe aus, die andere ihnen eingebrockt haben – denn es sind die Emissionen der Industriestaaten, die den Menschen im Globalen Süden und zukünftigen Generationen ihre Lebensgrundlage rauben.

Obwohl Deutschlands 80 Millionen Einwohner*innen gerade einmal 1 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, war Deutschland im Jahr

2020 für 2 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich.¹ Die Pazifischen Inselstaaten hingegen tragen so gut wie nichts zur derzeitigen Krise bei: Ihr Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß beläuft sich auf nicht einmal 0,1 Prozent.² Historisch gesehen hat Deutschland sogar knapp 4 Prozent der weltweiten Emissionen verursacht, ganz Europa (inklusive Russland) etwa ein Drittel.³ Die Treibhausgase von damals tragen noch heute zur globalen Erwärmung bei und werden das auch zukünftig tun – sie sind mitverantwortlich für die zahlreichen Folgeschäden der Klimakrise. Und diese Schäden treffen wiederum auch nicht alle gleich, sondern machen sich vor allem im Globalen Süden bemerkbar: Trockene Felder, Extremwetterereignisse und Hitzewellen treffen die Menschen dort ungleich härter als uns in Europa. Für niedrig gelegene Inselstaaten wie Kiribati oder Tuvalu sind steigende Meeresspiegel nichts anderes als eine Existenzfrage.

Bei der Klimakrise handelt es sich also um eine massive Gerechtigkeitskrise. Einige wenige stoßen weit mehr aus, als ihnen fairermaßen zusteht – aber die Kosten werden in andere Teile der Welt ausgelagert. Diese Ungleichheit wird nur durch ein

1 <https://ourworldindata.org/co2/country/germany?country=-DEU>

2 <https://ourworldindata.org/co2-emissions>

3 Ebd.

globales Machtgefälle ermöglicht, das sich bereits in der kolonialen Unterwerfung weiter Teile der Welt manifestiert hat und bis heute fortwirkt. Seit europäische Gesellschaften den Rest der Welt nahezu vollständig kolonisiert haben, nutzen sie diese Machtposition, um Mensch und Umwelt für ihren eigenen Wohlstand auszubeuten. Diese politische und ökonomische Herrschaft des Westens setzt sich auch nach der formalen Unabhängigkeit der meisten Kolonisierten immer noch in unfairen Handelsbeziehungen, Ressourcenausbeutung und eben mit der Klimakrise fort. Die Klimakrise ist nur die Spitze des Eisbergs einer umfassenden ökologischen Gerechtigkeitskrise, in der Mensch und Natur ohne Rücksicht auf die Folgen ausgebeutet werden.

Pazifik: Brennglas der Klimagerechtigkeitskrise

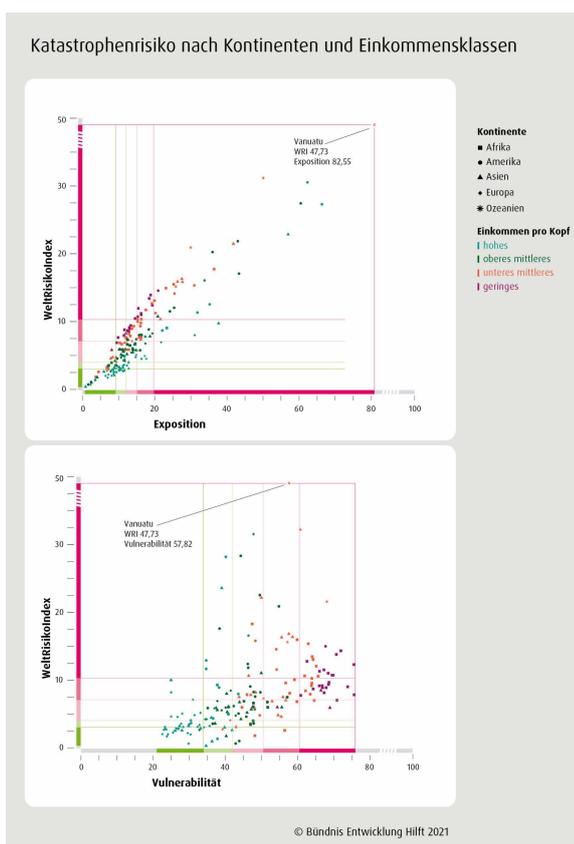
Nirgendwo wird diese Gerechtigkeitskrise deutlicher als im Pazifik. Keine Region der Welt ist in vergleichbarer Art und Weise vom Klimawandel betroffen. Das liegt unter anderem an ihrer besonderen Geographie: Im Gegensatz zu allen anderen Kontinenten ist der Pazifik ein Wasserkontinent, ein „Meer aus Inseln“,⁴ der „Flüssige Kontinent“. Im Pazifik leben 90 Prozent aller Inselbewohner*innen näher als 5 km am Meer.⁵ Mit Ausnahme von Papua-Neuguinea liegen diese Inseln selten höher als ein paar hundert Meter über dem Meeresspiegel – Ozean und Inselbewohner*innen sind im Pazifik voneinander abhängig und ineinander verflochten.

Doch in Zeiten der Klimakrise ändert sich das Verhältnis der Menschen zum Meer. Die globale Erhitzung lässt den Meeresspiegel steigen, was für die Pazifikstaaten fatale Folgen hat. Die Schäden zeigen sich oft erst nach und nach, ihre Auswirkungen sind dafür umso tiefgreifender. Küsten-nahe Böden versalzen langsam, aber stetig. Diese Böden werden häufig landwirtschaftlich genutzt. Da sie mit zunehmender Versalzung keine Erträge mehr erbringen, wird den Dorfbewohner*innen also ihre Lebensgrundlage abgegraben.

Ähnlich verhält es sich mit dem Trinkwasser. Die Klimakrise ändert den Wasserkreislauf der Erde

⁴ Hau'ofa, E. (1994): Our Sea of Islands. The Contemporary Pacific, 6(1), 148–161.

⁵ Andrew et al. (2019): Coastal proximity of populations in 22 Pacific Island Countries and Territories. PloS one, 14 (9).



Katastrophenrisiko nach Kontinenten und Einkommensklassen. Staaten in Ozeanien sind besonders gefährdet.

Quelle: Weltrisikobericht 2021

nachhaltig, was sich in veränderten Niederschlagsmustern und immer extremen Wetterereignissen zeigt. Für kleine Atolle, die über keine eigenen Flüsse verfügen und deswegen auf Regenwassergewinnung angewiesen sind, hat dies schon heute dramatische Konsequenzen. In Tuvalu wird regelmäßig das Trinkwasser knapp, weil die früher zuverlässigen Regenströme nur noch unregelmäßig auftreten oder ganz ausbleiben. In der Folge müssen sich Gemeinschaften inselübergreifend vernetzen und gegenseitig unterstützen, was mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden ist.

Trinkwasserknappheit ist vor allem auf kleinen Atollen ein Problem, die über keine eigene Süßwasservorräte verfügen. Größere Inseln, wie Viti Levu (Fidschi) oder Upolu (Samoa) hingegen haben zunehmend mit Überschwemmungen durch Starkregen zu kämpfen. Auch dies ist ein Ergebnis des veränderten globalen Wasserkreislaufs, der Wetterextreme immer stärker und häufiger auftreten lässt.

Kategorien zur Ländergruppierung		WRI \bar{x}	Exposition \bar{x}	Vulnerabilität \bar{x}	Anfälligkeit \bar{x}	Mangel an Bewältigung \bar{x}	Mangel an Anpassung \bar{x}
Kontinent (gemäß Vereinte Nationen)	Ozeanien	15,60	28,52	49,52	29,73	79,82	44,92
	Afrika	8,93	13,51	64,05	49,73	85,39	55,28
	Amerika	7,88	16,52	44,84	23,74	74,36	36,26
	Asien	5,80	12,15	44,47	23,05	75,65	35,91
	Europa	3,27	11,15	30,63	16,13	56,26	21,17
Wirtschaftskapazität pro Kopf (gemäß Weltbank)	Hohes Einkommen	3,18	11,46	30,55	15,72	54,64	21,52
	Oberes mittleres Einkommen	5,84	14,02	44,87	22,67	74,36	36,02
	Unteres mittleres Einkommen	8,94	15,99	56,60	33,57	81,50	48,98
	Geringes Einkommen	8,93	13,31	68,00	56,27	88,53	60,11
Welt		6,60	13,13	46,37	23,72	75,08	38,42

© Bündnis Entwicklung Hilft 2021

Ozeanien weist den höchsten Median aller Kontinente im WeltRisikoIndex auf. Quelle: Weltrisikobericht 2021

Auch die Fischbestände, eigentlich eine verlässliche Nahrungsquelle aller Küstenbewohner*innen im Pazifik, wurden in den letzten Jahren erheblich reduziert. Das liegt zum einen an industrieller Fischerei, die Fisch wie eine beliebig nachwachsende Ressource behandelt, um die Märkte des Nordens zu bedienen. Die Thunfischbestände in ganz Ozeanien gelten als nahezu erschöpft, der östliche Pazifik bereits als überfischt. Zum anderen verschärft aber auch hier die Klimakrise einen bereits vorliegenden Trend: Durch die Erwärmung und Versauerung der Ozeane werden Fischbestände weiter dezimiert oder wandern in kühlere Gefilde ab. Die Nahrungssicherheit der pazifischen Inselbewohner*innen ist dadurch unmittelbar bedroht. Die Reduzierung der Bestände ist ein globales Problem – doch die Auswirkungen im Pazifik werden besonders extrem sein. Erwartet wird, dass sich die größten Probleme für Fischerei und Ernährungssicherheit durch den marinen Klimawandel letztlich in Kiribati, Mikronesien, den Salomonen, den Malediven, Vanuatu, Samoa, Mosambik, China, Sierra Leone und Tuvalu ergeben.⁶

⁶ Fair Oceans, Ozeanien Dialog (Hg): Die Ozeane in der Klimakrise. Mariner Klimaschutz zwischen Umwelt und Entwicklung. https://www.ozeanien-dialog.de/wp-content/uploads/2021/03/Ozeane-in-der-Klimakrise_Broschuere-Folge-2.pdf

Letztlich hat der Anstieg der Meeresspiegel irreversible und existenzielle Auswirkungen, die bis zur Umsiedlung ganzer Dörfer reichen. Schon 2012 mussten auf den Fidschi-Inseln Menschen ein erstes Dorf verlassen und weiter inlands provisorisch neu aufbauen, weil das Meerwasser zu weit ins Dorfgebiet eingedrungen war. In Zukunft könnte dieses Schicksal nicht nur einzelne Dörfer, sondern ganze Länder treffen. Insbesondere Tuvalu, Kiribati und die Marshall Islands könnten bis Mitte des Jahrhunderts gezwungen sein, ihr gesamtes Staatsgebiet aufzugeben, weil die Inseln nicht mehr bewohnbar sein werden. Die Folge wäre vermutlich die Auslöschung der gesamten Kultur, denn das Land hat in vielen pazifischen Gesellschaften nicht nur eine ökonomische, sondern eine tiefgehende kulturell-spirituelle Bedeutung.

Dieser Punkt ist zum Verständnis der pazifischen Situation von immenser Bedeutung. Land ist in vielen Gesellschaften weit mehr als eine ökonomische Ressource zur Befriedigung materieller Bedürfnisse. Denn zum einen ist Land fast immer gemeinschaftliches Eigentum – die Beziehung des Individuums zum Land ist hier immer an die zugehörige Gemeinschaft gebunden, die zugleich ein Gefühl kollektiver Sicherheit vermittelt. Zum anderen ist das Land maßgeblich für die Identität eines Menschen. Erst durch das Land, durch die



Emissionen runter, Klimafinanzierung rauf! Klimastreik in Vanuatu. Foto: Pacific Islands Climate Action Network (PICAN)

Geschichte der dort lebenden Gemeinschaft, die Vergangenheit seiner Vorfahren, wird das Individuum zu der Person, die sie ist. Muss das Land verlassen werden, wird im Wesentlichen die eigene Identität verlassen und damit aufgeben.

Diese spirituelle Dimension geht weit über materielle Sicherheit hinaus und kann durch Umsiedlung nicht kompensiert werden.⁷

In Ozeanien zeigt sich die Klimakrise also wie unter einem Brennglas: Kaum ein anderer Teil der Welt hat so wenig zu ihr beigetragen, nirgendwo sonst sind die Menschen derart tiefgreifend und umfassend von ihr betroffen.⁸

Lokale Gemeinschaften, Umweltverbände, Menschenrechtsorganisationen und Kirchen in Ozeanien finden sich mit dieser Ungerechtigkeit jedoch nicht einfach ab. Zunehmend organisieren sie sich und stellen Klimagerechtigkeit dabei in den Mittelpunkt ihres Engagements. Sie drängen auf systemische Veränderungen, ernst gemeinten Klimaschutz und finanzielle Unterstützung ihrer eigenen Klimaschutzanstrengungen, um so ihr Überleben, ihre Kultur und ihre Spiritualität zu

schützen und für jetzige und nachfolgende Generationen zu bewahren.

Die Bevölkerungen und Kulturen im Südpazifik, in Polynesien, Mikronesien und Melanesien stehen an vorderster Klimawandel-Front, doch ihre Kämpfe und Bemühungen werden von den meisten Menschen in der Welt bis heute weitgehend übersehen. Ähnlich wie viele andere indigene Völker verfügen sie über jahrhundertelange Erfahrung in der Bewahrung von Ressourcen und mit einem Leben im Einklang mit der Natur.

Während sich der Klimawandel beschleunigt und seine Auswirkungen immer spürbarer werden, kombinieren sie dieses Wissen mit der westlichen Wissenschaft, um die Krise zu bekämpfen. In Papua-Neuguinea verwenden die Einheimischen Kokosnussöl als billigere und nachhaltigere Alternative zu Diesel. Auf Schiffen in Mikronesien und Melanesien werden Sonnenkollektoren und Batterien anstelle von Verbrennungsmotoren eingesetzt. Und auf Inseln wie Tonga und Vanuatu arbeiten lokale Initiativen an der Erhaltung und Wiederherstellung von Mangrovenwäldern, die durch extreme Wetterbedingungen und Umweltverschmutzung bedroht sind.

Da sie an vorderster Front dieser globalen Krise leben, gehören die Pazifikinsulaner*innen auch zu den stärksten und leidenschaftlichsten Stimmen, die ambitionierte Maßnahmen durch die internationale Staatengemeinschaft fordern. Pazifische Staats- und Regierungschefs werden nicht müde,

⁷ Toda Peace Institut, Ozeanien-Dialog (Hg.): Klimawandel, Migration und Land in Ozeanien. Konsequenzen für den Frieden. <https://www.ozeanien-dialog.de/wp-content/uploads/2020/10/Klimawandel-Migration-und-Land-in-Ozeanien-2020-web.pdf>

⁸ Kumar, Lalit (Hg.) (2020): Climate Change and Impacts in the Pacific.

Pacific Islands Climate Action Network (PICAN)

PICAN bringt seit 2013 pazifische Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen, die sich für Klimagerechtigkeit und Umweltschutz einsetzen. Ziel ist es, zivilgesellschaftliche Stimmen zusammenzuführen und so Reichweite und Einfluss auf pazifische sowie internationale Regierungen zu erhöhen.

Als Teil des Netzwerkes CAN, dem weltweiten Netzwerk von über 1.500 Nichtregierungsorganisationen, setzt sich PICAN dafür ein, dass die Zivilgesellschaft der pazifischen Inseln auf internationaler Ebene angemessen vertreten ist.

PICAN ist sich der einzigartigen Herausforderungen bewusst, denen sich zivilgesellschaftliche Organisationen in der pazifischen Inselregion gegenübersehen – Abgelegenheit, geringe Bevölkerungszahl, Isolation von internationalen Netzwerken und Anfälligkeit für ökologische und wirtschaftliche Schocks.

Das Netzwerk hat Mitglieder in allen pazifischen Ländern und nationale Knotenpunkte an Orten mit vielen Mitgliedern wie VCAN (in Vanuatu), SICAN (auf den Salomonen), KIRICAN (in Kiribati) und TUCAN (in Tuvalu).

Mehr Informationen:
www.pacificclimateactionnetwork.wordpress.com

die Weltgemeinschaft – und insbesondere die Industriestaaten – aufzufordern, ihre Emissionen zu senken. Vanuatu plant, ein Gutachten beim Internationalen Gerichtshof (IGH) zu beantragen um zu klären, ob und inwieweit Staaten, die historisch und aktuell stark zum Klimawandel beitragen, Entschädigungen leisten müssen.

Kirchen, Umweltverbände und Initiativen in der gesamten Inselregion fordern lautstark Klimagerechtigkeit: Emissionen runter! Klimafinanzierung rauf!

Aus pazifischer Sicht müssen vor allem zwei politische Imperative dringend in die Tat umgesetzt werden.

Zum einen ist das 1,5-Grad-Ziel unverhandelbar. Nur so kann das Schlimmste abgewendet und eine halbwegs sichere Lebensgrundlage bewahrt werden. Zu der dafür nötigen globalen Emissionsreduktion müssen die Industriestaaten den Beitrag leisten, der ihrer derzeitigen Leistungsfähigkeit und historischen Verantwortung entspricht. **Zum anderen müssen die Staaten des Nordens unverzüglich für die Folgen ihrer hausgemachten Krise Verantwortung übernehmen – denn wer den Schaden anrichtet, sollte ihn auch bezahlen.** Das bedeutet vor allem, dass die Pazifischen Inselstaaten finanzielle Unterstützung erhalten, um die entstandenen Schäden zu kompensieren und die zukünftigen abzuwenden. Dies geschieht momentan über die internationale Klimafinanzierung – aber noch nicht in ausreichendem Maße. Eine deutliche Erhöhung der Unterstützungsgelder für Pazifische Inselstaaten ist also ebenso ein Muss wie eine zügige Reduktion der Emissionen in Deutschland.



Act for Climate Justice! Appel an die Staatengemeinschaft aus Vanuatu. Foto: Pacific Islands Climate Action Network (PICAN)

Auch wenn die Klimakrise seit den Protesten von Fridays for Future mehr Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit erhält, kann von einem gerechten Beitrag zu ihrer Bekämpfung noch lange nicht gesprochen werden. Das fängt schon bei der Zielsetzung an: Deutschland möchte noch bis 2045 CO₂ in die Atmosphäre abgeben. Damit würden wir aber erneut weit mehr Emissionen für uns in Anspruch nehmen, als uns eigentlich zustehen. Spricht man Deutschland von der für das 1,5- Grad-Ziel verbleibenden Gesamtmenge CO₂ nur den Anteil zu, den wir auch an der Weltbevölkerung haben, müsste Deutschland bereits 2035 klimaneutral sein – 10 Jahre früher als derzeit geplant.⁹ Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine echte Transformation, die alle Bereiche unserer Gesellschaft zügig von fossilen Energien

befreit. Spätestens 2030 darf in Deutschland keine Kohle mehr verbrannt werden, zudem müssen alle Ausbaubremsen für die Erneuerbaren Energien unverzüglich beseitigt werden. Fossile Subventionen wie das Dieselprivileg oder die vergünstigte Kerosinsteuer müssen ebenfalls mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden.¹⁰ Der Umstieg auf Erneuerbare Energien darf zudem keinesfalls zu einem Lithium- oder Kobaltrausch im Globalen Süden führen, in dessen Zuge diese wertvollen Metalle ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt extrahiert werden. Das bedeutet auch, dass dem Tiefseebergbau ein Riegel vorgeschoben wird.

⁹ Sachverständigenrat für Umweltfragen (2020): Pariser Klimaziele erreichen mit dem CO₂-Budget. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Kap_02_Pariser_Klimaziele.pdf?__blob=publicationFile&v=21

¹⁰ Für einen Überblick, siehe Umweltbundesamt (2021): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_143-2021_umweltschaedliche_subventionen.pdf

DEUTSCHE KLIMAFINANZIERUNG AUF 8 MILLIARDEN ERHÖHEN!



Extremwetterereignisse werden häufiger und stärker. Foto: adobe.stock, debarrr

Mit Klimaschutz im eigenen Land ist es allerdings längst nicht getan. Die Bundesregierung muss weltweit Verantwortung übernehmen – auch im Pazifik. Ein wichtiges Instrument dafür ist die Klimafinanzierung. Meilenstein der Klimafinanzierung war der UN-Klimagipfel in Kopenhagen 2009: Ausgehend von einer Startsumme von 30 Milliarden für die ersten drei Jahre wurde festgelegt, die jährliche Klimafinanzierung bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar anzuheben. Diese Summe wurde im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 auch für die Jahre 2020–2025 festgeschrieben und gilt als völkerrechtlich verbindlich. Von diesem Geld sollen die beiden Säulen Minderung und Anpassung zu gleichen Teilen, also mit jeweils 50 Milliarden Dollar, finanziert werden.¹¹ Deutschlands Verpflichtung, die Länder des Südens in ihren Anstrengungen zu unterstützen, ist nicht rein moralisch begründet – sie ist längst rechtlich verankert.

Wie steht es angesichts dieser vertraglichen Verpflichtungen um die internationale Klimafinanzierung, und welchen Beitrag leistet Deutschland? Leider ist die Lage alles andere als übersichtlich – unterschiedliche Berechnungsmethoden, unklare Erfolgskriterien und vieles mehr sorgt seit Jahren

für Auseinandersetzungen zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Einige klare Linien sind allerdings dennoch zu erkennen.

Erstens sieht alles danach aus, dass das Ziel der Industrieländer, bis 2020 100 Milliarden US-Dollar jährlich bereitzustellen, verfehlt wurde – auch wenn die offiziellen Zahlen der UN noch fehlen. Laut einem OECD-Bericht wurden im Jahr 2019 nur knapp 80 Milliarden Dollar an Mitteln mobilisiert, eine Steigerung auf 100 Milliarden wie versprochen erscheint also höchst unwahrscheinlich.¹² Ein Drittel der mobilisierten Mittel sind zudem keine öffentlichen Darlehen, sondern schlicht private Investitionen in klimarelevanten Bereichen. Zweitens entspricht auch das Verhältnis zwischen Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen nicht dem anvisierten Ziel gleicher Aufteilung: Nur 20 statt 50 Prozent der mobilisierten Gelder fließen in Anpassungsmaßnahmen. Und drittens kommt nur ein Drittel der mobilisierten 80 Milliarden tatsächlich ausschließlich klimaspezifischen Maßnahmen zugute.¹³

¹¹ Schalatek, L., & Watson, C. (2020): The Global Climate Finance Architecture. Washington DC. Heinrich-Böll-Stiftung.

¹² OECD (Hg.) (2021): Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries: Aggregate Trends Updated with 2019 Data

¹³ Kowalzig, Jan (2021): Klimafinanzierung - ein Überblick. Ursprünge, Konzepte und Baustellen der Klimafinanzierung. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_klimafinanzierung.pdf

Deutschlands nationaler Beitrag ist ebenfalls bei Weitem nicht ausreichend. Zwar hat Ex-Kanzlerin Merkel erst 2021 angekündigt, die jährlichen Haushaltsmittel für Klimafinanzierung perspektivisch von 4 auf 6 Milliarden zu erhöhen, was sich nun auch die Ampelkoalition zum Ziel gesetzt hat. Über die Hälfte dieser Gelder wird allerdings nicht in Form von Zuschüssen, sondern von Krediten eingebracht – sie müssen also zurückgezahlt werden. Zwar können auch Darlehen einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Fraglich ist dennoch, inwiefern ein Kredit als Unterstützung im Sinne der in der Klimarahmenkonvention festgelegten Gerechtigkeitsprinzipien verstanden werden kann. Selbst wenn die Kredite zu günstigeren Bedingungen vergeben werden als marktüblich, stellt höchstens dieser Nachlass eine Unterstützung dar, nicht aber die Kreditsumme selbst, die die Länder des Südens letztendlich aus eigener Tasche zurückzahlen müssen.¹⁴

Zu dem mobilisierten öffentlichen Geldern kamen in den letzten Jahren weitere 2–4 Milliarden Euro privater Mittel, womit die Bundesrepublik in absoluten Zahlen zu den wichtigsten Geldgebern der internationalen Bühne zählt. Angesichts ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besitzt sie aber auch eine besondere Verantwortung. Setzt man diese ins Verhältnis mit den anderen zur Klimafinanzierung verpflichteten Industrieländern, wird deutlich: Deutschlands Beitrag sollte mindestens 8, eher 10 Prozent der anvisierten 100 Milliarden betragen.¹⁵ **Die öffentliche Klimafinanzierung muss also deutlich erhöht werden – auf mindestens 8 Milliarden Euro im Jahr.**

Außerdem ist es notwendig, den Anteil für Anpassungsmaßnahmen signifikant zu erhöhen. Bisher fließen gerade einmal 20 Prozent der deutschen Klimafinanzierung in Anpassungsprojekte, das ist nicht einmal 1 Milliarde öffentlicher Mittel. Und das, obwohl Anpassung gerade die Säule der Klimafinanzierung ist, die den Menschen vor Ort auch wirklich direkt hilft, indem sie sich auf zukünftige Schäden vorbereiten können. Unterstützung bei der Emissionsminderung hilft den betroffenen Ländern nur insofern, als dass sie die



Der Klimawandel macht vielerorts in der Region Entwicklungsfortschritte zunichte.

Foto: Pacific Islands Climate Action Network (PICAN)

Haushaltskasse schont – den betroffenen Menschen hingegen ist am besten geholfen, wenn sie sich an die unmittelbaren Folgen der Klimakrise anpassen können.

Die Anpassungsbedürfnisse der Länder des globalen Südens werden schon heute auf über 70 Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt, bis 2030 wird sich diese Summe vermutlich mehr als verdoppeln.¹⁶ Perspektivisch ist es deswegen geboten, auch tatsächlich die Hälfte der deutschen Klimafinanzierung in Anpassungsprojekte zu stecken, wie im Pariser Abkommen als Zielmarke anvisiert. Eine Mindestanforderung wäre es, dem Beschluss der COP26 in Glasgow entsprechend die Gelder für Anpassung zumindest zu verdoppeln.¹⁷

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Overseas Development Institute (2021): A fair share of climate finance: apportioning responsibility for the \$100 billion climate finance goal. <https://odi.org/en/publications/a-fair-share-of-climate-finance-apportioning-responsibility-for-the-100-billion-climate-finance-goal/>

¹⁶ Puig, D., Olhoff, A., Bee, S., Dickson, B., & Alverson, K. (Hg.) (2016). The Adaptation Finance Gap Report. United Nations Environment Programme. https://backend.orbit.dtu.dk/ws/files/198610751/Adaptation_Finance_Gap_Report_2016.pdf

¹⁷ <https://www.unep.org/news-and-stories/story/what-does-cop26-mean-adaptation>

100 MILLIONEN FÜR DEN PAZIFIK!



Landverlust und Küstenerosion in Papua-Neuguinea.

Foto: Jan Pingel

Der 6. Sachstandsbericht des Weltklimarats hat mehr als deutlich gemacht: Nirgendwo auf der Welt gibt es einen größeren Bedarf an Anpassungsstrategien als im Pazifik. Und dennoch sind nirgendwo die Hindernisse größer, die einer erfolgreichen Mobilisierung von Geldern im Weg stehen.¹⁸ Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, dass die Pazifischen Inselstaaten jährlich etwa 1 Milliarde US-Dollar nur für die Klimaanpassung benötigen.¹⁹ In Ländern wie Tuvalu und Kiribati wird sogar über ein Viertel des gesamten BIP für diese Projekte benötigt (zum Vergleich: wäre Deutschland in ähnlicher Weise von der Klimakrise betroffen, wäre hierzulande 1 Billion Euro jährlich zur Anpassung an die Klimakrise nötig, fast das Doppelte des aktuellen Haushalts).²⁰ **Die Bundesregierung muss auf diesen Misstand dringend reagieren und den Pazifischen Inselstaaten perspektivisch 100 Millionen Euro jährlich für ihren Kampf gegen die Klimakrise bereitstellen.**

¹⁸ IPCC (2022): Sixth Assessment Report, Working Group II Contribution. Chapter 15 (S. 2665).

¹⁹ International Monetary Fund (2021): Unlocking Access to Climate Finance for Pacific Island Countries, S. 7

²⁰ Ebd.

Die Anpassung an die Klimakrise im Pazifik fängt bereits bei Bildungsmaterialien und Forschungsprojekten an. Küsten lassen sich schützen, indem Mangroven oder andere Barrieren (etwa Steinwälle) an besonders vulnerablen Orten platziert werden und so dem Meerwasser Einhalt gebieten. Nutzpflanzen, die Klimaauswirkungen wie Dürre oder Überschwemmungen gegenüber resilienter sind, können entwickelt und unter Landwirt*innen verbreitet werden. Dörfer, die unter Trinkwasserknappheit leiden, benötigen verbesserte Regenwassersammel- und Speichersysteme. In solchen Prozessen kann oftmals tradiertes indigenes Wissen mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen kombiniert werden, um an die lokalen Umstände angepasste optimale Lösungen zu finden.²¹

Doch all diese Anpassungsmechanismen sind eben auch mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden. Projekte müssen geplant, durchgeführt und evaluiert, Materialien bereitgestellt werden. Die jährlich benötigte Milliarde US-Dollar, die die Pazifischen Inselstaaten für Klimaanpassung aufbringen müssen, entspricht knapp 10 Prozent ihres gesamten BIP.²² Diese Aufgabe ist ohne finanzielle Unterstützung schlicht nicht zu stemmen. Ausgerechnet der Pazifik spielt in der deutschen Klimafinanzierung allerdings bislang so gut wie gar keine Rolle. Gerade einmal 7 Millionen Euro der bilateralen Finanzierung 2020 wurden an Pazifische Inselstaaten überwiesen – das sind weniger als 2 Promille.²³ Angesichts der Anpassungsbedürfnisse im Pazifik scheint es eher notwendig, der Region mindestens 1–2 Prozent der mobilisierten Gelder zu widmen. **Durch eine intensivere Partnerschaft mit den Ländern Ozeaniens sollte die deutsche Klimafinanzierung für den Pazifik dementsprechend auf 100 Millionen Euro gesteigert werden.**

²¹ Filho, Walter (Hg.) (2020): Managing Climate Change Adaptation in the Pacific Region. Springer; Bryant-Tokalau, Jenny (Hg.) (2018): Indigenous Pacific Approaches to Climate Change. Springer.

²² <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=S2>

²³ Eigene Berechnung gemäß der von der Bundesregierung an die EU übermittelten Daten zur Klimafinanzierung, siehe <https://reportnet.europa.eu/public/dataflow/180>

Anpassungsmaßnahmen erlauben den Schutz vor zukünftigen Schäden. In Ozeanien ist die Klimakrise im Alltag vieler Menschen jedoch heute schon allgegenwärtig. Ganze Dörfer mussten bereits umgesiedelt werden. Der 6. Sachstandsbericht des Weltklimarats zeigt auf, dass kleine Inselstaaten in allen prognostizierten Bereichen bereits heute betroffen sind.^{24,25} Immer heftiger werdende tropische Wirbelstürme haben im vergangenen Jahrzehnt alleine auf den Fidschi-Inseln Schäden in Höhe von mindestens 2,5 Milliarden US-Dollar angerichtet. Die Klimakrise schädigt oder zerstört gar Lebensgrundlagen, kritische Infrastruktur und letztlich Menschenleben.

Dass solche klimabedingten Schäden und Verluste („Loss and Damage“) keinesfalls allein durch Emissionsreduktion und Anpassung abgewendet werden können, ist in der Klimarahmenkonvention längst anerkannt. Die derzeitige Klimafinanzierungsarchitektur hingegen berücksichtigt dies nicht und finanziert weiterhin allein Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen. Angesichts des immensen Ausmaßes der bereits angerichteten Schäden ist das jedoch fatal. Die wirtschaftlichen Kosten der Klimakrise in den Ländern des Globalen Südens werden allein für das Jahr 2030 auf 290 bis 580 Milliarden US-Dollar geschätzt. Bis 2050 werden sie 1 Trillion US-Dollar jährlich überschreiten.²⁶ Diese Summen müssen von den Ländern des Globalen Südens bisher vollkommen alleine aufgebracht werden – ohne Unterstützung durch die Hauptverantwortlichen der Klimakrise. Das belastet die durch die Pandemie ohnehin überstrapazierten Haushaltskassen

zusätzlich und blockiert Investitionen in die übrigen nachhaltigen Entwicklungsziele.

Die projizierten Kosten für klimabedingte Schäden und Verluste verdeutlichen, dass die Industriestaaten nicht nur ihre Versprechen nicht einhalten. Sie zeigen darüber hinaus, dass die zugesagten 100 Milliarden US-Dollar von vornherein deutlich zu niedrig angesetzt waren, da sie klimabedingte Schäden und Verluste gar nicht erst in den Blick nehmen. Pazifische Inselstaaten und andere Länder des Globalen Südens haben auf der letztjährigen Weltklimakonferenz in Glasgow konsequenterweise die Errichtung eines neuen, unabhängigen „Loss and Damage Fund“ zur Kompensation klimabedingter Schäden gefordert. Die Gelder eines Fonds für Schäden und Verluste dürfen weder auf die bisherige Klimafinanzierung noch auf übrige Gelder der zwischenstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit angerechnet werden. Nur so kann die beschriebene Lücke der globalen Klimafinanzierungsarchitektur endlich geschlossen werden.

Deutschland hat sich der Initiative zur Errichtung eines solchen Fonds bisher nicht angeschlossen. Das muss sich ändern: **Auf den zukünftigen Klimakonferenzen muss Deutschland sich zwingend für ein ambitioniertes und gerechtes Finanzierungssystem einsetzen, das Schäden und Verluste mit einschließt.** Den Weg dafür kann die Bundesregierung im Rahmen ihrer G7-Präsidentschaft bereits diesen Sommer bereiten. Nur so kann sichergestellt werden, dass Klimaschäden in besonders betroffenen Ländern wie den Pazifischen Inselstaaten tatsächlich von den Verursacher*innen bezahlt werden.

²⁴ Intergovernmental Panel on Climate Change (2022): Working Group II Sixth Assessment Report. Technical Summary. https://report.ipcc.ch/ar6wg2/pdf/IPCC_AR6_WGII_FinalDraft_TechnicalSummary.pdf

²⁵ United Nations in the Caribbean (2022): Small islands are increasingly affected by climate change: IPCC report. <https://caribbean.un.org/en/173533-small-islands-are-increasingly-affected-climate-change-ipcc-report>

²⁶ Markandya, A. and M. González-Eguino (2018): Integrated Assessment for Identifying Climate Finance Needs for Loss and Damage: A Critical Review. In: Mechler R., Bouwer, L., Schinko, T., Surminski, S. Linnerooth-Bayer, J. (eds): Loss and damage from climate change. Concepts, methods and policy options. Springer, 343-362.

Nicht-ökonomische Klimaschäden

In Ozeanien erleiden Mensch und Natur klimabedingte Schäden. Rein wirtschaftliche Schäden des Klimawandels sind zum festen Bestandteil der Klimaverhandlungen geworden. Materielle und immaterielle Verluste an Leben, Lebensweise, Gesundheit, Kulturerbe, Glaube und Natur, die keinen Marktpreis haben, sind bislang allerdings noch kaum im Blickfeld der Politik. Dabei erleiden Gemeinden in der gesamten Inselregion umfangreiche nichtökonomische Klimaschäden. Diese Dimension des Klimawandels bedarf mehr Aufmerksamkeit. Es ist eine Gerechtigkeitsfrage, hier gegenzusteuern.

Gesundheit und Wohlbefinden – die Gesamtkosten des Klimawandels für das Wohlbefinden, insbesondere für gefährdete Gruppen. Sich hier nur auf die physischen und psychischen Gesundheitskosten zu konzentrieren, entspricht nicht dem ganzheitlichen Verständnis von Wohlbefinden in Ozeanien.

Lebensweise – umfasst den Verlust von nicht greifbaren Werten wie Kultur, Erbe und Sprache. Dazu gehört auch die Beeinträchtigung der Art und Weise, wie die Menschen mit ihrer Umgebung verbunden sind und sich zu ihr verhalten. Veränderungen werden in Ozeanien über mehrere Generationen hinweg spürbar sein und es ist fraglich, wie künftige Generationen angesichts der dramatischen Auswirkungen der Klimakrise in der Lage sein werden, ihre kulturelle Lebensweise zu erhalten.

Kulturelle Stätten und heilige Orte – umfasst den Verlust von traditionellen und heiligen Stätten. Insbesondere steigende Meeresspiegel und Zyklone bedrohen diese Dimension pazifischer Kulturen.

Indigenes Wissen und lokales Wissen – sich ändernde Klimabedingungen bedrohen die Verlässlichkeit und Anwendung vieler lokaler Kenntnisse – obwohl gerade indigenes Wissen eine wichtige Rolle in der Bekämpfung der Klimakrise spielen kann.

Lebenserhaltende Werkzeuge – die materielle Manifestation von lokalem Wissen wie Fischerei- oder Anbautechniken, kulturelle und soziale Normen und die Verwendung traditioneller Pflanzen.

Biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen – der Klimawandel verändert die Ökosysteme in der Inselregion. Da Menschen und Natur eng miteinander verbunden sind, ergeben sich daraus tiefgreifende Auswirkungen auf Lebensgrundlagen, Kulturen, Wissen und das ganzheitliche Wohlbefinden der Bevölkerungen. In vielen pazifischen Kulturen wird keine strikte Trennlinie zwischen Mensch und Natur gezogen – Schäden an der Natur werden zu Schäden am Menschen selbst.

Identität, Souveränität, Land und Meer – Pazifische Identität ist unmittelbar mit dem Land und dem Meer verbunden. Klimabedingte Migration bzw. Vertreibung bedroht diese Verbindung und damit Kulturen, Lebensweisen und Souveränität.

Insbesondere marginalisierte Menschen sind auf unterschiedliche Weise vom Klimawandel betroffen. Finanzielle Unterstützung ist zwar unabdingbar, um Anpassung und Überleben zu sichern. Aber: der Verlust von Leben, Land, Territorium, Sprache, Kultur und Glaube lässt sich nicht allein in Geld ausdrücken. Es ist von entscheidender Bedeutung, diesem Aspekt der klimabedingten Verluste und Schäden verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken.

Von der Bundesregierung fordern wir
gemeinsam mit unseren pazifischen
Partnern:

**Die Erhöhung der öffentlichen
Klimafinanzierung auf 8 Milliarden Euro
jährlich!**

**Die direkte Unterstützung der Pazifischen
Inselstaaten mit 100 Millionen Euro
jährlich!**

**Den konsequenten Einsatz für die
Errichtung eines „Loss and Damage Funds“
auf internationaler Ebene!**



Der Ozeanien-Dialog ist gemeinsam mit pazifischen Kräften der Veränderung aktiv für



Die Pazifischen Inselstaaten sind zusammen genommen für nicht einmal 0,1 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gleichzeitig ist kaum eine Region unserer Welt von den Folgen der Klimakrise stärker betroffen.

Die pazifische Zivilgesellschaft schaut aber nicht einfach untätig in den Abgrund, sondern fordert Gerechtigkeit: Als Verursacher der Klimakrise müssen die Länder des Globalen Nordens Verantwortung für ihre Bekämpfung übernehmen.

**Emissionen runter, Klimafinanzierung rauf!
Klimagerechtigkeit für den Pazifik!**

Ozeanien-Dialog c/o Evangelisches Missionswerk in Deutschland e.V. (EMW)
Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg, www.ozeanien-dialog.de

Copyright: Ozeanien-Dialog, Hamburg 2022, Redaktion: Vincent Gewert, Jan Pingel,
Satz und Gestaltung: Tilla Balzer | buk.design

Der Ozeanien-Dialog ist ein Zusammenschluss der Evangelischen Mission Weltweit (EMW), Brot für die Welt, Misereor, dem Zentrum für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit, Missio München, dem Missionswerk Leipzig, Mission EineWelt und dem Pazifik Netzwerk.